

# Die deutsche



# Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1703

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Verlag Ullstein'sche Verlagsbuchhandlung, Georg-Bernhard-Verlag  
Redaktion (in Auen- & Handstraße) Carl-Misch-Verlag  
Manuskripte werden nur zurückgenommen wenn Berlin bezieht

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Adressat: Postzentrale Ullstein, Amt Dönhofs 3600-3605.  
Für den Fernverkehr: Amt für Fern- & Luftpost-Telegraphen  
Fremdpost: Ullsteinhaus, Berlin Postfachnummer Berlin 660

## Hüter der Demokratie.

Die Demokratie hat in den letzten Jahren in Deutschland offenbar überraschende Eroberungen gemacht. Das ergibt ein Blick in die Presse der Reichstagskammern, zu denen nach ihren Beständen die deutsche Volkspartei zu zählen ist. Die Förderung eines Reichstagsrats wird immer wieder damit begründet, daß nur eine Regierung, der die Deutschnationalen ihren Segen geben, den Anforderungen der Demokratie entsprechen. Die gefühmvollen Gegner der demokratischen Republik sind ihnen sich als Demokraten von reinem Wasser, solange sie nicht an der Macht sind.

Nun gibt es ein ausgezeichnetes Mittel, um in der Demokratie seinen Ansehen auf die Macht durchzusetzen. Man braucht nur die Mehrheit der Stimmen aufzubringen. Nicht einfacher, als das. Aber gerade daran fehlt es bei den Reichstags-, Demokraten. Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei haben zusammen 160 Abgeordnete im Reichstag. Das ist nicht viel mehr als ein Drittel der Mandate. Und diese Rechnung wird dadurch nicht anders, daß man immer wieder den Parteien der Mitte die Hilfe auf die Waage stellt mit der freundlichen Einladung, die fehlenden Stimmen beizusteuern.

Wenn die Regierung März, die sich gebildet werden soll, nicht von vornherein über die absolute Mehrheit verfügt, so kann sie doch unter allen Umständen auf eine Stimmenzahl rechnen, die größer ist, als die je eine andere Kombination. Und diesem verfügt sie noch über das gemaltige Plus, daß sie die Fortführung der bisherigen bewährten Politik nach innen und außen garantiert. Während eine Regierung, die von der Gnade des Großen Weisars abhängig wäre, in jeder Beziehung einen Sprung ins Dunkle bedeutet.

## Entscheidung über das Probitorium.

Trendelenburgs Bericht.

Der Führer der Delegation für die deutsch-französischen Vertragsverhandlungen, Staatssekretär Trendelenburg, ist gestern abend in Begleitung mehrerer Gadowverkömmlinge in Berlin eingetroffen. Heute vormittag um 11 Uhr trat das Kabinett zusammen, um den Bericht Trendelenburgs über die deutsch-französischen Verhandlungen entgegenzunehmen und sich darüber schlüssig zu werden, ob das von der französischen Regierung vorgelegene Probitorium angenommen werden kann, oder ob man es für die Zeit nach dem 10. Januar auf einen vertraglosen Zustand in handelspolitischer Beziehung ankommen lassen soll.

Die sozialdemokratische Fraktion hat eine Interpellation eingebracht, die Auskunft über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen und die Bedingungen der Schweißindustrie zum möglichst internationalen Abwägungen verlangt.

In Zusammenkünften mit Redaktionen zwischen deutschen und französischen Generalkonsuln über die Frage einer internationalen Eisenpreisvereinbarung teilt das sozialdemokratische „Volksblatt“ in Bochum mit, daß am Freitag in Köln deutsche und belgische Gewerkschaftsvertreter zusammenstreffen, um in den Komplikationen im deutsch-belgischen Wirtschaftsvertrag Stellung zu nehmen. An die Bezeichnung wird sich eine Zusammenkunft der Generalkonsuln in Brüssel an den Verhandlungen mit der Reichsregierung beteiligten Länder anschließen.

## Mandatsniederlegung.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Reichspostminister Bille und Abg. Dr. Vange-Geyerman in ihre Reichstagsmandate niedergelegt haben.

## Keine Schuldenregelung vor März.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

London, 8. Januar.

Der „Daily Telegraph“ veröffentlicht eine Erklärung von einer gut unterrichteten amerikanischen Seite, wonach die Vereinigten Staaten zu weit nicht in der Lage sind, an einer internationalen Schuldenscheinregelung teilzunehmen, da die amerikanische Regierung die parlamentarische Schuldenscheinregelung nicht in der Lage find, auf Grund der Beschränkungen, die sie von dem abgelaufenen Parlament erhalten haben, Verhandlungen zu führen. Erst das im März zusammenzutretende neue Parlament, das am vorigen Freitag gewählt wurde, vermag diese bindenden Instruktionen, die ein Abkommen vorläufig unmöglich machen, im Sinne eines Kompromisses abzugeben.

# Regierung März.

## Vor dem Ende der Krise.

Das heute morgen in der „Vossischen Zeitung“ als hohe Wahrscheinlichkeit angekündigt wurde, ist inzwischen Tatsache geworden: Reichskanzler Marx hat den Auftrag zur Bildung eines überparteilichen Kabinetts nicht zurückgelehnt, sondern sich — nach der gefestigten Aussprache mit dem Reichspräsidenten — eingestellt, ohne Mitwirkung der Deutschen Volkspartei ein neues Kabinett zu bilden. Das heißt: Kabinett Marx wird zur einen Hälfte aus politisch-parlamentarischen Persönlichkeiten, zur anderen Hälfte aus hohen Reichsbeamten zusammengesetzt werden. Reichskanzler Marx wird das Innenministerium, Reichspräsidenten die Prämien der neuen Regierung zugehen. Es ist interimsweise ein überparteiliches Kabinett des Jahres 1925 zum dritten Male — dem demokratischen Führer Dr. Koch anvertraut werden. Finanzminister Dr. Luchterhoff hofft man, dem Kabinett übergeben zu können. Die freiwirtschaftlichen Finanzminister, zu denen man außer Justiz, Verkehr und Wirtschaft auch das Reichsernährungsministerium wird rechnen müssen (da Graf Rantzau nicht wieder kommen), sollen vorerst dem Staatssekretariat beigesteuert werden.

Der Reichskanzler hofft, das ihm möglich sein werde, schon heute abend dem Reichspräsidenten die Prämien der neuen Regierung zur Genehmigung vorzulegen, mit der neuen Regierung morgen vor den Reichstag zu treten und die Regierungserklärung abzugeben. Das es sich um eine Vollziehung handelt, wird nicht zu bestreiten sein. Es ist durch die deutsche Volkspartei ermöglicht worden, die im August v. J. die überflüssigen aller Stellen beaufschlagt worden und durch den geteilten Beschluß aus einer überparteilichen Regierung mit ihrer Mitwirkung ermöglicht gemacht hat. Das dritte Kabinett Marx, das wahrscheinlich den höchsten Kurs der Mitte nehmen will, wird auf die wohlwollende Unterstützung der Sozialdemokratie angewiesen sein, die in der Regierung nicht vertreten ist, weil das Zentrum ebenso wie den Reichstag auch mit der Unterstützung der Sozialdemokratie keine ausreichende Mehrheit im Reichstag haben. Das Zielgen an der Frage werden bei wichtigen Bestimmungen die Heinen Gruppen der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei bilden. Das wird natürlich ein schwieriges Navigieren werden, besonders, da vorauszusetzen ist, daß die Opposition der Rechten, vor allem der Deutschnationalen, hemmungslos und befehlenlos sich ausbreiten wird. Sie ist nicht nur noch nicht durch den Reichstag zu brechen. Wenn ein Reichstag jetzt auch nur ein Schiedsgericht für Kinder ist — die Seiten der Reichstags sind vorerst — so zeigt doch die Deutung, mit welchen Mitteln der Prämien und die Unterstützung auf der Rechten „nationale“ Politik getrieben wird.

## Die deutsche Antwort.

Die Note über die Nichträumung der Kölner Zone, die von den alliierten Missionen in Berlin am 8. Januar der deutschen Regierung überreicht wurde, enthält nach bestimmten Behauptungen eine Antwort gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrags, blieb aber den Zweifeln dieser Behauptungen schuldig.

Das hat man in der ganzen Welt gefühlt. Sogar die „Times“ verlangen heute morgen die sofortige ausschließliche Berufenthebung des Berichtes der Kontrollkommission, den die alliierten Regierungen zu ihrer Rechtfertigung anziehen. Sogar diese gewiß nicht deutschfeindliche englische Zeitung führt, daß sich in den Jahren seit Versailles in allen Ländern eine Stimmung gegen die Alliierten gegen die Bestimmungen gegenüber Deutschland angemeldet hat, und daß die Wölfer an den deutschen „schwarzen Mann“, der an allem Unfrieden in dieser sonst so schönen Welt schuld ist, nicht wenig recht glauben würden.

Im Schlußsatz des Artikels 429 des Friedensabkommens, der von der Beziehung zwischen Gebiet und seiner Räumung handelt, heißt es, daß die vertraglichen Räumungsstellen nur dann aufgehoben werden können, wenn die alliierten Regierungen „die Evidenz nicht gegen einen nicht herausgeführten Angriff“ annehmen. „Wenn einen nicht herausgeführten Angriff Deutschlands“ — Welche Ironie! Deutschland ist in den letzten fünf Jahren mehr als einmal so herausgefordert worden, daß jede der alliierten und assoziierten Regierungen — auch nur die kleinste dieser herausforderungen als Bezeichnung zu einem Angriff in Beziehung ihrer Interessen und ihrer Souveränität angesehen hätte. Der beste Beweis dafür, daß die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands ihre eigene Evidenz gegenüber Deutschland auf lange Zeit für gefordert halten, ist diese Politik der Rechtsbrüche, zu der sie am 10. Januar einen neuen hinzufügen.

## Amerita für Räumung.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

Sch New York, 8. Januar.

Die New York Times schreiben zum Kölner Roten wesen, der Schuldübertrag der internationalen Kontrollkommission sollte die öffentliche Meinung schnell über den wirklichen Stand

den Reichstag nicht vertreten ist, weil das Zentrum ebenso wie den Reichstag auch mit der Unterstützung der Sozialdemokratie keine ausreichende Mehrheit im Reichstag haben. Das Zielgen an der Frage werden bei wichtigen Bestimmungen die Heinen Gruppen der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei bilden. Das wird natürlich ein schwieriges Navigieren werden, besonders, da vorauszusetzen ist, daß die Opposition der Rechten, vor allem der Deutschnationalen, hemmungslos und befehlenlos sich ausbreiten wird. Sie ist nicht nur noch nicht durch den Reichstag zu brechen. Wenn ein Reichstag jetzt auch nur ein Schiedsgericht für Kinder ist — die Seiten der Reichstags sind vorerst — so zeigt doch die Deutung, mit welchen Mitteln der Prämien und die Unterstützung auf der Rechten „nationale“ Politik getrieben wird.

Während im Reich die Regierungsmasse ihrem Ende entgegengeht, ist in Preußen die neue Krise erwidert worden. Dort der konsequenten Haltung des Zentrums, das in der Koalition geblieben ist und dadurch dem Kabinett Braun das Reichstagen im Arme möglich gemacht hat. Die Enttäuschung der Deutschen Volkspartei, die sich ebenso wie im Reich auch in Preußen einem unbegründeten Streben über die Enttarnung im Zentrum hingibt, hat, nach sich in der Anknüpfung scharfer Opposition“ ausgelöst. Wie die Deutsche Volkspartei die Politik einer Regierung befehlen will, die sie doch selbst mehr als drei Jahre lang mitteilhaft hat und die fester in ihren Zielen nicht die geringste Veränderung erfahren hat, ist ihr Geheimnis. Sehr überzeugend und fadisch wird diese Opposition nicht sein können.

## Die Präsidentenwahl.

Im Landtage haben die meisten Fraktionen beschlossen, eigene Kandidaten für die Präsidentenwahl aufzustellen. Kandidat der Sozialdemokraten ist Barckels, der des Zentrums Dr. Borck, die Deutschnationalen haben Dr. v. Arles, die Deutsche Volkspartei den Abgeordneten Sell und die Kommunisten den Abgeordneten Bief aufgestellt. Die Demokraten werden für die Sozialdemokratischen Kandidaten Barckels stimmen und als ersten Abgeordneten, wie bisher, Dr. Borck wählen.

der Enttarnung auflösen. Das würde die Einleitung von Verhandlungen zum Zweck eines Kompromisses erleichtern. Glücklichweise sei die deutsche Regierung vernünftiger als die deutschen Nationalisten und die Extremen im In- und Auslande, die auf ein vollständiges des Abwe-Planes drängen. Solche Gedanken müßte Schlußwort haben. Im Interesse aller Beteiligten sollten die Kölner und Ruhrstrassen jenseits so schnell als möglich zurückergeben werden, wenn der Schlußbericht nicht jetzt, daß Deutschland erste Vorbereitungen für einen neuen Krieg trifft.

## Stimmungsmache der „Times“.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

London, 8. Januar.

Von den Londoner Morgenblättern beschäftigen sich nur der „Daily Telegraph“ und die „Times“ mit der deutschen Antwort. Ersteres Blatt begnügt sich mit der Feststellung, daß die deutsche Note offenbar das bestimmt sei, Zeit zu gewinnen, die „Times“ dagegen bringen einen langen Artikel, in welchem sie sich teils hinter die Behauptung der alliierten Note stellen, daß Deutschland die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages nicht erfüllt habe, und im Anschluß daran gegen Deutschland polemisieren und in Reinschuld erbeiten, teils wiederum von den alliierten Regierungen sichtlich Bezeugnisse für deren Behauptungen verlangen.

Der wiederholte Artikel, der von der Behauptung ausgeht, Deutschland erhalte den Kern und Rahmen eines großen Bereichs anrecht, der dem von der Alliierten, daß Deutschland auf lange Zeit hinaus unfähig sein werde, die europäischen Geschäfte mitanzuführen, und der dann auch noch auf das alte Mittel zurückgreift, einen Teil des deutschen Volkes gegen den anderen anzuspüren, bringt zum Schluß den Gedanken mit anerkennender Weiter Ehrlichkeit zum Ausdruck, daß die ungelöste Forderung die tiefere Ursache des neuen Entwürfnissummits bilde.

Es ist ein trauriges Argument, das sich die „Times“ leisten, die Übergänger der Lösung des alliierten „Eisenwege- und Arbeitsproblems dem wackleren Deutschland in die Schuhe zu schieben, während in Wirklichkeit politische Spannungen innerhalb und außerhalb Europas, an denen Deutschland ganz unschuldig ist, die eigentlichen Ursachen dieser Verzögerungen bilden.









